



# NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub

**Immer mehr Lohnabzüge von allen für Gratis-Ferien für wenige?**

## 1. NEIN zu immer mehr Lohnabgaben!

Uns allen bleibt immer weniger vom Lohn, weil immer mehr vom hart erarbeiteten Geld für Abgaben und Sozialversicherungen abgezogen wird. Und nun sollen Angestellte und Arbeitgeber nochmals jährlich rund 250 Millionen Franken abgeben.

## 2. NEIN, damit nicht alle für einige wenige zahlen müssen!

Mit der neuen Sozialversicherung müssen wir alle mit Lohnprozenten dafür zahlen, damit einigen wenigen zwei Wochen Ferien bezahlt werden, wenn sie Vater werden.

## 3. NEIN zur weiteren Belastung unserer verschuldeten Sozialwerke!

Unsere Sozialwerke wie AHV und IV sind langfristig nicht finanziert. Teure Krankenkassenprämien belasten die Bevölkerung. Die Pflegefinanzierung ist nicht gesichert. Und nun sollen wir noch eine weitere Sozialversicherung für Männer zahlen, die Vater werden?

## 4. NEIN zu weiteren Belastungen für KMU und Gewerbe!

Unsere KMU- und Gewerbebetriebe leiden bereits heute unter hohen Kosten. Und nun sollen sie auch noch 2 Ferienwochen für Väter bezahlen. Das zerstört die Konkurrenzfähigkeit.

## 5. NEIN, damit Grosskonzerne ihre Kosten nicht auf die Kleinen abwälzen!

Viele Grosskonzerne haben den bezahlten Vaterschaftsurlaub freiwillig eingeführt, weil sie sich das mit ihren Milliardengewinnen leisten können. Nun wollen sie die Kosten für ihre Luxusleistungen auf uns alle abschieben!

Überparteiliches Komitee gegen  
immer mehr staatliche Abgaben  
Postfach 54  
8416 Flaach

**JETZT unterschreiben  
und zurückschicken bis  
spätestens 15. Januar 2020!**

**Überparteiliches Referendumskomitee «gegen immer mehr staatliche Abgaben»:**

**Co-Präsidium:** **Susanne Brunner**, Präsidentin Gewerbeverein Seefeld, Gemeinderätin, SVP/ZH; **Patrick Eugster**, Vizepräsident Jungfreisinnige ZH/ZH; **Diana Gutjahr**, Vizepräsidentin Gewerbeverband TG, Nationalrätin, SVP/TG; **Arthur Loeffle**, alt Nationalrat, CVP/AL; **Paul Mayer**, Unternehmer, Kantonsrat, SVP/ZH; **Bruno Pezzatti**, Vorstand Schweizer Obstverband, alt Nationalrat, FDP/ZG; **Nicolas A. Rimoldi**, Jungfreisinnige/LU

Mehr Infos auf: [lohnabzuege-nein.ch](http://lohnabzuege-nein.ch)

Referendum gegen das Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft im Bundesblatt, veröffentlicht am 15.10.2019

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass die Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EOG) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton: \_\_\_\_\_ Postleitzahl: \_\_\_\_\_ Politische Gemeinde: \_\_\_\_\_

Nr.	Name, Vorname (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum Tag, Monat, Jahr	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					

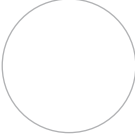
### Ablauf der Referendumsfrist: 23.01.2020.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Amtsstempel 

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson  
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Amtliche Eigenschaft: \_\_\_\_\_

Eigenhändige Unterschrift: \_\_\_\_\_

Senden Sie diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt möglichst rasch, jedoch nicht später als bis zum 15. Januar 2020, an:  
Überparteiliches Komitee gegen immer mehr staatliche Abgaben, Postfach 54, 8416 Flaach